**Dringliche Interpellation FDP-Fraktion / CVP-GLP-Fraktion / SVP-Fraktion:
«Umgeht das Gesundheitsdepartement die Corporate Governance?»**

Die Regierung genehmigte am 28. Juni 2016 den II. Nachtrag zum Statut der Spitalverbunde des Kantons St.Gallen (ABI 2016, 2201) und am 5. Juli 2016 den Nachtrag zum Statut der Psychiatrieverbunde (ABI 2016, 2247).

Die beiden Nachträge enthalten umfassende Informationsrechte des Gesundheitsdepartementes gegenüber den Organen der Spitalverbunde sowie Informationspflichten der Organe der Spitalverbunde und der Psychiatrieverbunde gegenüber dem Gesundheitsdepartement.

Art. 4a Abs. 2 des II. Nachtrags zum Statut der Spitalverbunde des Kantons St.Gallen (nachfolgend II. Nachtrag) sieht vor, dass das Gesundheitsdepartement in ausserordentlichen Situationen oder bei dringenden Geschäften direkt Informationen bei den Organen der Spitalverbunde einholen kann. Nach Art. 13a des II. Nachtrags hat die Verwaltungsratspräsidentin oder der Verwaltungsratspräsident den regelmässigen und zeitgerechten Austausch mit der Vorsteherin oder dem Vorsteher des Gesundheitsdepartementes über Geschäfte mit strategischer Bedeutung oder mit politischer Relevanz sicherzustellen. Diese Informationsrechte und -pflichten werden ergänzt durch Art. 10 Bst. b des II. Nachtrags, wonach bei Bedarf oder für einzelne Geschäfte die Generalsekretärin oder der Generalsekretär des Gesundheitsdepartementes oder eine Vertretung an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teilnehmen kann. Analoge Bestimmungen finden sich im Nachtrag zum Statut der Psychiatrieverbunde.

Die Vorlage zur Public Corporate Governance strebt eine konsequente Entflechtung zwischen dem Gesundheitsdepartement und den Spital- bzw. Psychiatrieverbunden an. Zur notwendigen Sicherstellung des Informationsflusses zwischen Departement und den selbständigen Anstalten wurde sowohl in den Verwaltungsrat der Spitalverbunde wie in den Verwaltungsrat der Psychiatrieverbunde eine Vertretung des Gesundheitsdepartementes entsendet. Diese hat nach Art. 14a des II. Nachtrags sicherzustellen, dass das Gesundheitsdepartement zeitgerecht über das aktuelle Geschehen und über den Geschäftsverlauf der Spitalverbunde informiert wird.

Durch die umfassenden Informationspflichten und Informationsrechte sowie die Möglichkeit der Generalsekretärin oder des Generalsekretärs des Gesundheitsdepartementes an den Sitzungen der Verwaltungsräte teilzunehmen wird nach Ansicht der Interpellanten die mit der Public Corporate Governance-Vorlage angestrebte konsequente Entflechtung zwischen Departemente und Spital- und Psychiatrieverbunde unterlaufen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb hat die Regierung die Statutenänderungen genehmigt, obwohl diese den Zielen der Public Corporate Governance nach einer konsequenten Entflechtung von Departement und Spital- und Psychiatrieverbunde entgegenlaufen und durch den Kantonsrat im Übrigen eine klare Trennung der Anstalt vom Kanton beschlossen wurde?
2. Wie oft nimmt der Generalsekretär des Gesundheitsdepartementes an den Sitzungen der Verwaltungsräte des Spitalverbundes und des Psychiatrieverbundes teil? Weshalb ist die Teilnahme notwendig, wenn bereits eine Vertretung des Departementes als Kantonsvertreter im Verwaltungsrat Einsitz nimmt?
3. Ist es zutreffend, dass die Nachträge zu den Statuten an einer der letzten Verwaltungsratsitzungen unter der Leitung der als Verwaltungsratspräsidentin abtretenden Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes beschlossen wurden? Wieso haben nicht die neu gewählten Verwaltungsräte über Statutenänderungen nach Beginn der neuen Amtsdauer befunden? Bestand eine besondere Eile?

4. Rapportiert die als Kantonsvertretung in das strategische Leitungsorgan Einsitz nehmende Person ausschliesslich der Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes oder hat diese auch die Möglichkeit, Anliegen oder Informationen aus dem Verwaltungsrat direkt der Regierung mitzuteilen?
5. Wie soll mit der direkten Informationsbeschaffungsmöglichkeit seitens des Gesundheitsdepartementes die gesetzlich vorgeschriebene Unabhängigkeit von Spital- und Psychiatrieverbund gewährleistet werden?»

19. September 2016

FDP-Fraktion
CVP-GLP-Fraktion
SVP-Fraktion